

21.8 Parlamentarische Versammlung Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Stand: 1.5.2016

Am 2. und 3. April 1991 trafen sich 34 Delegationen der Parlamente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid und beschlossen, die KSZE mit einer Parlamentarischen Versammlung auszustatten. Rechtsgrundlage für die Parlamentarische Versammlung ist die Charta von Paris für ein neues Europa (1990) sowie die Schlussresolution der Madrider Konferenz zur Schaffung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE (1991). Mit Wirkung zum 1. Januar 1995 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE begleitet den OSZE-Prozess mit dem Ziel, Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen und an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken. Sie umfasst Parlamentarier aus den 57 Teilnehmerstaaten der OSZE. Die Bundesrepublik Deutschland gehört der Versammlung seit ihrer Gründungssitzung 1992 an.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE sieht ihre Hauptaufgaben darin,

- den interparlamentarischen Dialog zu erleichtern,
- die Arbeit der OSZE-Exekutive parlamentarisch zu begleiten,
- die Umsetzung der Ziele der OSZE durch die Mitgliedstaaten zu beurteilen,
- die Themen zu erörtern, die im Ministerrat und auf Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs behandelt wurden,
- Mechanismen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung zu entwickeln und zu unterstützen,
- den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE Teilnehmerstaaten zu unterstützen und
- zur Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen.

Mit besonderem Nachdruck setzt sich die Versammlung für die parlamentarische Beobachtung von Wahlen, insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ein. Die Anwesenheit von parlamentarischen Wahlbeobachtern unterstreicht, wie wichtig die Legislative als institutionelles Gegengewicht zur exekutiven Gewalt ist. Seit 1997 besteht eine enge Kooperation mit dem Büro der OSZE für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) bei Wahlbeobachtungsmissionen.

Die Versammlung hat ihren Sitz in Kopenhagen und finanziert sich ausschließlich aus Beitragszahlungen der Mitgliedsparlamente. Ein Verbindungsbüro zur den Organen der OSZE besteht in Wien. Der Deutsche Bundestag trägt mit 290 037 € (2016) ungefähr ein Zehntel des Gesamtbudgets. Frankreich, Großbritannien und Italien leisten Beiträge in gleicher Höhe. Lediglich die USA entrichten einen höheren Beitrag.

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten seit der 1990# Funktionen in der Versammlung inne:

| Ämter | Deutsche Amtsinhaber |
|--|--|
| Vizepräsident | <i>Willy Wimmer</i> (CDU) (1994–2000) <i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (2000–2003) <i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (2002–2005) <i>Doris Barnett</i> (SPD) (2013–2015) |
| Schatzmeister der OSZE PV | <i>Hans Raidel</i> (CSU) (2007–2009) <i>Doris Barnett</i> (SPD) (seit 2015) |
| Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus | <i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (2004–2008) |
| Sonderbeauftragter der OSZE für den Ostseeraum | <i>Jürgen Klimke</i> (CDU) (seit 2015) |
| Ausschussvorsitzende: | |
| Vorsitzender des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Sicherheit | – |
| Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt | <i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (1993–1995) |
| Vorsitzender des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen | <i>Freimut Duve</i> (SPD) (1995–1998) <i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (1998–2002) |

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Internationale parlamentarische Versammlungen

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.7.